

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 10 (1969)  
**Heft:** 5

**Artikel:** Lateinamerika-Uebersicht  
**Autor:** Max, Alphonse  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1095512>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

schen Militärclique zum Ausbruch kommen. Deshalb fürchtete er sich vor jeglicher Provokation.» Nicht wir, der Sowjethistoriker ist derjenige, der daraus das Fazit zieht: «Stalin vertraute also weiter dem Nichtangriffspakt und Hitler, aber der siegesbewussten deutschen Generalität, ihr traute er nicht!» Mit anderen Worten: er glaubte, dass die «reaktionäre Junkernklasse in der deutschen Wehrmacht» den Krieg mit der Sowjetunion anzetteln könnte — ohne Einwilligung Hitlers, den man nach den ersten Kämpfen mit der Roten Armee einfach vor vollendete Tatsachen stellen würde...

So ist es auch völlig klar, warum Stalin seinen Armeoberbefehlshabern mit schärfsten Worten einprägte, man dürfe auf deutsche Grenzwischfälle und das Ueberfliegen russischer Gebiete durch die deutsche Luftwaffe sowie auf «ähnliche Provokationen» nicht reagieren. Noch mehr: Generaloberst N. P. Kirponos, Oberbefehlshaber des Westlichen Besonderen Militärbezirkes der Sowjetunion, wandte sich im Juni 1941 mit einem persönlichen Brief an Stalin. Darin schilderte er den deutschen Aufmarsch an der Grenze und schlug vor, mit der Evakuierung der Zivilbevölkerung aus dem gefährdeten Territorium und mit dem Bau von Stellungen, Panzergräben usw. zu beginnen. Kirponos erhielt zur Antwort: «Solche Vorbereitungen würden die Deutschen als Provokation betrachten. Man dürfe nicht Grund zu einem Angriff geben.» (Kirponos wurde nach dem 22. Juni 1941 von der NKWD verhaftet und als «faschistischer Spion» hingerichtet. P. G.).

### Nach Kriegsausbruch befiehlt Stalin: «Keinerlei Aktionen gegen die Deutschen!»

Die Beispiele, welche die wachsende Unruhe bei den führenden Militärs der Roten Armee und Stalin merkwürdiges Verhalten betreffen, sind in Nekritschs Buch zahlreich vorzufinden. Stalins Vertrauen in Hitler schien danach felsenfest zu sein. Dies kommt auch in jenem Kapitel des Buches zum Ausdruck, das sich mit dem 22. Juni an der Front und im Hinterland beschäftigt. Die deutschen Truppen überschritten im Morgenrauschen dieses Tages die sowjetische Westgrenze. Wie reagierte man darauf in Moskau?

«N. N. Woronow, der Oberbefehlshaber der Fliegerabwehrtruppen, befand sich an diesem Morgen bei Timoschenko, dem Volkskommissar für Verteidigung... 'Ich war überrascht' — schrieb später Woronow — 'dass uns in dieser äusserst kritischen Situation der Volkskommissar keine Befehle erteilte und unseren Truppen keine Aufgabe stellte. Ich hatte den Eindruck, er glaube nicht, dass der Krieg ausgebrochen war!' Sewastopol. Der Oberbefehlshaber der Schwarzmeerflotte, F. S. Oktjabrskij, sprach soeben mit Moskau. Seine Stimme ist sehr energisch: 'Ja, ja, man bombardiert uns...' Eine grosse Detonation. Die Fensterscheiben zerbrechen. 'Hört ihr denn nicht? Genau jetzt, in der Nähe des Stabes, explodierte eine Bombe...' Die Anwesenden sehen einander stutzig an. 'In Moskau glaubt man nicht, dass Sewastopol bombardiert wird!' — sagt schliesslich Kulakow. Moskau. Der Volkskommissar für Verteidigung sucht Verbindung zu einzelnen Militärbezirken zwecks Aufklärung der Lage. In kurzer Zeit spricht er viermal mit dem Stab des Westlichen Besonderen Militärbezirkes. General Bolgin, der Stellvertreter

# Lateinamerika-Uebersicht

Von Alphonse Max

**Das Jahr 1969 begann mit einer verstärkten subversiven Tätigkeit in fast ganz Lateinamerika. Das Regime in Havana ist bemüht, durch die Steuerung der Partisanen in dem südlichen Teil des Kontinents das Gewicht zurückzugewinnen, das es durch den Ausfall der politischen Hilfe der Sowjets verlor, die sich zurzeit auf lauwarmer Lippenbekenntnisse beschränkt.**

Die Sowjets machen keinen Hehl aus ihrer Abneigung gegen Fidel Castro, den sie (um nur ein Beispiel zu nennen) den parlamentarischen Delegationen aus Lateinamerika gegenüber, welche die Sowjetunion besuchten, als Abenteurer bezeichneten. Durch Anspielungen gaben sie diesen zu verstehen, dass die Aktien Castros in Moskau sehr niedrig kotiert werden. Man muss sich natürlich die Frage stellen, ob die Sowjets Castro nur verbal desavouieren, um sich für die kubanischen Aktionen in Lateinamerika ein Alibi zu verschaffen. Die Antwort auf diese Frage muss vorläufig im Bereich des Spekulativen bleiben.

### Guerillas haben keinen militärischen, sondern einen politischen Zweck

Wie dem auch sei, die Guerillas umfassen ein breites Spektrum von Aktivitäten und ein weites geographisches Gelände, wengleich die einzelnen Operationsgruppen nicht zahlreich sind und hauptsächlich dadurch auffallen, dass sie überhaupt bestehen. Trotz der Unbehaglichkeit, die die Anwesenheit von Guerillas in einem Land verursacht, ist es kaum wahrscheinlich, dass 50 oder 100 Mann imstande sein könnten, eine Regierung, selbst eine lateinamerikanische, zu stürzen. Daher ist die ständige Entsendung von Partisanengruppen keine militärische, sondern eher eine politische Angelegenheit des Castro-Kommunismus.

Bolivien bleibt weiterhin der neuralgische Punkt der Untergrundoperationen. Die Pläne Castros in diesem Land sehen die Ermordung des Präsidenten Barrientos und seiner Mitarbeiter vor. Der Aufstand sollte schon Ende Januar stattfinden, und amüsanterweise war der zweite Mann der Konspiration der Führer einer als rechts geltenden

Partei, der Falange Socialista Boliviana. Dieser gescheiterte Versuch Castros, in Bolivien Unruhe zu stiften, der zehnte seit 1965, stützte sich vor allem auf mehrere Gewerkschaftsführer und den in Lima lebenden Expräsidenten Boliviens, Paz Estenssoro.

Das Operationszentrum der Partisanen Castros in Bolivien befindet sich im Osten des Landes, in der Gegend um Torrecilla, zwischen Santa Cruz und Cochabamba. In dieser Gegend wurden ungefähr zwei Dutzend Freischärler erkannt, die unter der Führung des bekannten Stellvertreters von «Che» Guevara, «Inti» Peredo, stehen.

In Venezuela andererseits wird der subversive Kampf grösstenteils in der Hauptstadt ausgetragen, und es nehmen fast ausschliesslich die Kader des sogenannten Frente de Liberacion Nacional daran teil, die sich die Aufgabe gestellt haben, die vor kurzem gewählte Regierung des christlich-demokratischen Präsidenten Rafael Caldera zu beseitigen. Das Hauptquartier der venezolanischen Castristen befindet sich jedoch weit entfernt von der Hauptstadt: ihr Führer, Douglas Bravo, hat sich in dem auf 1500 Meter Höhe liegendem San-Luis-Gebirge in der Provinz Falcon verschanzt. Mit 50 Mann Gefolgschaft, darunter 15 Kubanern, wird Bravo kaum einem ernstesten Versuch der regulären venezolanischen Armee, ihn zu beseitigen, widerstehen können. Seine kleine Gruppe ren hatte. Davon wurden 800 Maschinen auf dem Boden vernichtet.

Die aus Kuba gesteuerten Guerillaführer Lateinamerikas versammelten sich schon Ende 1968 in Kolumbien, wo man mitten im Urwald von Opon (Bundesstaat Santander) im Nordwesten Kolumbiens bei einer Beteiligung von rund 70 Delegierten die neuesten Pläne besprach. Die Tendenz

des Oberbefehlshabers, übermittelt ihm die neuesten Meldungen. Der Volkskommissar hört aufmerksam zu und antwortet dann: 'Genosse Bolgin! Ohne unsere Kenntnis führen Sie keinerlei Aktionen gegenüber den Deutschen aus. Sagen Sie dies auch Pawlow: Genosse Stalin erlaubt es nicht, dass man das Artilleriefeuer auf die Deutschen eröffnet!' Bolgin schreit verzweifelt ins Telefon: 'Was? Unsere Truppen müssen sich zurückziehen, Städte brennen, die Menschenverluste sind hoch...' Bolgin fordert den sofortigen Einsatz der motorisierten Truppen, der Artillerie vorerst der Fliegerabwehrtruppen. Die Antwort des Volkskommissars für Verteidigung: 'Sie führen keinerlei Aktion gegen die Deutschen durch, nur eine Aufklärung auf dem Gebiet des Feindes ist gestattet'»

Drei Stunden waren seit dem deutschen Angriff vergangen. Stalin wollte noch immer nicht an einen Krieg glauben. Nur zögernd gab er Befehle an die Armee aus. Sie sollte zwar die deutschen Truppen bekämpfen und vernichten, die deutsche Grenze jedoch «ohne einen zentralen Befehl»

nicht überschreiten! Erst am Abend des 22. Juni schien Stalin endgültig überzeugt zu sein, dass Hitlers Angriff gegen die UdSSR eine reale Tatsache war. Um 21.15 Uhr erhielten die Truppen der Roten Armee den Befehl, die Deutschen nicht nur zu zerschlagen, sondern die Kampfhandlungen auf das Gebiet des Feindes zu übertragen. Dieser Befehl erreichte die Truppen in jener Situation der Schlacht, als die Deutschen bereits tief in die Sowjetunion eingedrungen waren, ihren Vormarsch noch beschleunigen konnten und sowohl den Panzertruppen als auch der russischen Luftwaffe verheerende Schläge versetzt hatten. Der Sowjethistoriker verheimlicht nicht, dass bis zum Mittag des 22. Juni 1941 die russische Luftwaffe bereits 1200 Flugzeuge verloren hatte. Davon wurden 800 Maschinen auf dem Boden vernichtet.

Nekritschs Buch ist ein Standardwerk, das zwar die sowjetische Geschichtsschreibung vergessen soll, aber die westliche Forschung bei der Bearbeitung der Geschichte des Zweiten Weltkrieges nicht mehr vermissen kann. ■



### Mai-Demonstration in Caracas.

dieser Veranstaltung, an der Kommunisten aus Venezuela, der Dominikanischen Republik, Bolivien, Peru, Kolumbien und Panama teilnahmen, war eindeutig antisowjetisch und daher ein Ereignis, das man als prochinesisch bezeichnen könnte. Trotzdem war ein Vertreter Moskaus als «Beobachter» anwesend, der sich als Towaritsch Tarasow ausgab; ebenso ein Franzose, der sich als Antoine Benoit, Journalist, vorstellte. Dass der Kreml über die Entwicklungen links von den offiziellen KPs sowjetischer Observanz orientiert sein will, ist nur verständlich; dass die «Maoisten» dies zulassen, dagegen weniger.

### Kolumbien: Kampf im Urwald und in der Hauptstadt

In Kolumbien wird der Kampf sowohl im Urwald als auch in der Hauptstadt geführt. Ein gut organisierter Mob zerstörte und plünderte in Bogota Mitte Januar zahlreiche Geschäfte, warf Autos um und legte bei verschiedenen Gebäuden Feuer an. Das erinnert an die als «Bogotazo» in die lateinamerikanische Geschichte eingegangene Massenzerstörung Bogotas 1948, als die interamerikanische Aussenministerkonferenz dort stattfand. An diesem Ereignis beteiligten sich die kubanischen Brüder Castro zum erstenmal aktiv an der Politik, so wie sie sie verstehen.

Das friedliche Costa Rica hat sich inzwischen in die Ausgangsbasis für terroristische Aktionen gegen das De-facto-Regime in Panama verwandelt. Die Nationalgarde von Panama versuchte in zwei Konfrontationen, die aus Costa Rica strömenden Partisanen in einem entscheidenden Gefecht zu vernichten. Ausser zahlreichen Opfern in den eigenen Reihen und der Verwüstung eines bedeutenden Teiles der Kaffee-Ernte in der fruchtbaren Gegend von Chiriqui erreichten sie jedoch kaum etwas, da die Freischärler sich geschickt nach Costa Rica zurückzogen, dessen Regierung das Regime in Panama völkerrechtlich nicht anerkannt hat.

Trotz der autoritären Herrschaft des Generalpräsidenten Costa e Silva in Brasilien machen sich die «Pekinesen» auch in diesem Land stark bemerkbar. Anfang Januar organisierte der Führer des prochinesischen Flügels der brasilianischen KP, Carlos Marighela, eine Maschinengewehrbande, die mit gut koordinierten Terrorangrif-

fen eine Reihe von Autos der Polizei zerstörte. Die Gruppe der brasilianischen Maoisten arbeitet mit einer raffinierten Taktik, die zur Verwirrung der Polizei beiträgt, indem in verschiedenen Gegenden von Rio gleichzeitig Ueberfälle unternommen und die dazu benutzten Autos ständig gewechselt werden. Einige der Terroristen führten ihre Anschläge in gestohlenen Uniformen von Heeresoffizieren durch.

### Bei den Studenten werben — für den Bauernaufstand

Die Militärregierung von Peru, die ihre ausbleibende Popularität unter anderem durch Schikanieren von ausländischen Investoren wettzumachen versucht, hat ebenfalls das Partisanenproblem zu konfrontieren. Der Rektor der Universität San

Marcos von Lima musste unter dem Druck der kommunistischen Studenten chinesischer Provenienz zurücktreten. In Peru rekrutieren die Maoisten ihre Anhänger unter der akademischen Jugend, mit der bizarren Absicht, in den nächsten sechs Monaten eine Bauernrevolte durchzuführen.

Aus dieser Schilderung ist ersichtlich, dass Lateinamerika auch in Zukunft das Terrain von grossangelegten, von Peking in Havana geplanten Partisanenoperationen sein wird. Ob es sich dabei um politische Handlungen mit militärischem Anstrich handelt oder ob die Herrscher in Kuba und China tatsächlich glauben, mit jeweils 50 oder 100 Mann die Macht in dem einen oder dem anderen Land unseres Kontinents erlangen zu können, ist schwer mit Genauigkeit festzustellen. ■

Das Wohnungsproblem in Ungarn

## Den Kapitalismus überflügeln... ...auch mit Mietzinsen!?

Von Gabor Erdelyi

**In Budapest werden die Mietzinse erhöht, was ein Anliegen der sozialen Gerechtigkeit genannt wird und zur Bekämpfung der Wohnungsnot beitragen soll. «Wenigstens kann man in diesen Ländern billig wohnen», pflegt man zu sagen, wenn man erwähnt, dass dort die Kaufkraft der Löhne nur einen Bruchteil der unsrigen ausmacht. Nun, die Löhne bleiben niedrig, aber zur Anpassung an den westlichen Lebensstandard steigt zunächst einmal die Miete.**

Budapest ist eine Zweimillionenstadt geworden. Nach dem Krieg hat sich die Stadt schnell vergrössert: viele Gemeinden in der Peripherie wurden verschmolzen, viele Bauern vom Lande flohen vor der Arbeitslosigkeit oder Misere der Kollektivwirtschaften in die Industrie von Budapest.

Dieses Wachstum drückte seinen Stempel auf die chronische Wohnungsnot in der ungarischen Hauptstadt, um so mehr, als der Krieg 60 Prozent der Wohnungen zerstört hatte. Viele neue Wohnviertel wurden in den vergangenen zwei Jahrzehnten gebaut, konnten aber den Bedürfnissen nicht gerecht werden. 1960 startete die Kommunistische Partei einen Fünfzehnjahresplan, in dem sie versprach, mit dem Bau von 1 000 000 neuen Wohnungen im Lande der Krise Herr zu werden. In «Nepszabadsag» (9. Februar 1969) gestand nun Josef Balint, Abteilungsleiter im ZK, dass einerseits nicht nur die eine Million Wohnungen bis 1975 nicht fertiggestellt werden können (bis 1970 werden lediglich zirka 580 000 Wohnungen gebaut), sondern dass andererseits die Partei auch den tatsächlichen Bedarf weitgehend unterschätzt hat. Die Befriedigung des Wohnungsbedarfes wird also weit über 1975 hinaus auf sich warten lassen.

Gleichzeitig liess Josef Balint aber auch erkennen, dass augenblicklich die grösste Sorge der Partei nicht so sehr den wenigen Wohnungen, sondern den niedrigen Mietzinsen gilt: «In den schwersten Heldenzeiten des sozialistischen Aufbaus waren die niedrigen Mietzinsen allerdings gerechtfertigt und bedeuteten tatsächlich eine Erregungsschicht. Das haben wir auch oft bei Vergleichen mit dem Ausland betont. Das heutige Mietsystem kann aber nicht mehr länger auf-

rechterhalten werden, und zwar aus mehreren Gründen.»

Der wichtigste von diesen mehreren Gründen ist, dass gewisse Bevölkerungsschichten zu billig wohnen, andere jedoch, die keine Mietwohnung vom Staate erhalten hatten, gezwungen waren, grosse finanzielle Belastungen auf sich zu nehmen. Der sozialistische Staat kann natürlich solche sozialen Ungerechtigkeiten nicht dulden, so Balint, und will deshalb die niedrigen Mietzinsen erhöhen.

### Abschaffung einer «sozialen Ungerechtigkeit» — Die gab es also?

Wie entstanden diese «sozialen Ungerechtigkeiten»? 1948 wurden in Ungarn auch sämtliche Mietshäuser verstaatlicht. Neubauten sollte und konnte nunmehr ausschliesslich der Staat unternehmen.

Noch vor der Verstaatlichung waren die Mietzinsen im Sinne des Kampfes gegen die Ausbeutung der Hausbesitzer im Jahre 1947, nach der Währungsreform, äusserst niedrig festgesetzt worden. Für eine 2-Zimmer-Wohnung ohne Bad (in den alten Wohnvierteln von Budapest, wo die grosse Mehrzahl der Arbeiter und Kleinangestellten wohnen, waren die Badezimmer noch selten, ähnlich wie in den alten Wohnvierteln von Paris!) musste man monatlich 30—40 Forint bezahlen, das bedeutete 2—3 Prozent des Durchschnittsgehalts. An diesen Mietzinsen hat der Staat bisher nichts geändert. Wesentlich höher wurde der Mietzins in den Neubauten festgesetzt. Für eine 2-Zimmer-Wohnung mit Bad (die neuen Wohnungen entsprechen schon den modernen sanitären Vorstellungen, dem gegenüber ist aber die Wohn-